

ANSPRECHPARTNER



GABRIELE REICH-GUTJAHR

✉ gabriele.reich-gutjahr@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9104



PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT

✉ erik.schweickert@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9105



THILO WEBER

Parlamentarischer Berater

✉ thilo.weber@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9135

LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2020

BEREICH WIRTSCHAFT

Das Jahr 2020 war allgemein aber insbesondere auch wirtschaftspolitisch von der Corona-Krise und deren Auswirkungen auf die Unternehmen geprägt. Beginnend im März des Jahres haben wir uns daher intensiv mit den wirtschaftlichen Konsequenzen des Lockdowns beschäftigt und möglichst passgenaue und unbürokratische Hilfen für Firmen und Betriebe angemahnt. Die Regierung hat hier zwar schnell reagiert, aber gerade zu Beginn waren die Unterstützungsprogramme oft fehlerhaft, wenig durchdacht und nicht passgenau. In zahlreichen Briefen und Anträgen haben wir hier weitreichende Korrekturen und Verbesserungen erreichen können.

Im Laufe des Sommers haben wir uns dann grundsätzlicher mit Unterstützungsmaßnahmen für die Firmen beschäftigt. Zwar war zu diesem Zeitpunkt der Lockdown für die allermeisten Branchen – Schausteller und Großveranstaltungen waren nach wie vor von großen Einschränkungen betroffen – vorüber, die Auswirkungen der Corona-Krise aber nach wie vor frappierend. Wir haben uns daher für die Möglichkeit von verkaufsoffenen Sonntagen, für eine Bürokratieentlastung durch das Aussetzen der Kassenbonnpflicht und für klarere Kriterien zur Durchführung von Weihnachtsmärkten engagiert.

Neben den Auswirkungen der Corona-Krise haben wir uns aber auch mit dem tieferen Strukturwandel der Industrie in Baden-Württemberg beschäftigt. Bereits vor Corona waren nämlich in der Autoindustrie und im Maschinenbau Krisenanzeichen sichtbar und der jahrelange Aufschwung kam zu einem Ende. Für eine krisensichere Wirtschaft in Baden-Württemberg ist daher eine breit aufgestellte, ausbalancierte Wirtschaft wichtig. Dazu gehört beispielsweise die Gesundheitswirtschaft oder auch die Stärkung der Luft- und Raumfahrt. Wichtige Voraussetzung für einen solchen Strukturwandel ist aber auch eine ausreichende digitale Infrastruktur (Mobilfunk und Breitband) und auch Beherrschung neuer Technologien wie Künstliche Intelligenz.

Ein weiteres wichtiges Themenfeld des Arbeitskreises war der Wohnungsbau. Im Mai wurde dazu das neue Wohnraumförderungsgesetz verabschiedet. Leider war dieses ein Gesetz der verpassten Chancen und schafft keine Besserung bei der Verfügbarkeit von sozialen Wohnraum. Ebenso werden die beschlossenen Änderungen beim Mieterschutz nicht dazu führen, dass neuer Wohnraum entsteht. Und am Ende ist dies der einzige funktionierende Weg gegen steigende Mieten und überhöhte Preise.

INITIATIVEN

- » Verkaufsoffene Sonntage [Drucksache 16/8543](#)
- » Erhebung von Erschließungsbeiträgen für Straßen [Drucksache 16/8700](#)
- » Liquiditätshilfen aufgrund der ökonomischen Effekte der Absage des Frühlingsfestes in Stuttgart und des Maimarktes in Mannheim wegen der Ausbreitung des Corona-Virus in Baden-Württemberg [Drucksache 16/7865](#)
- » Small Data und Big Data – Künstliche Intelligenz (KI) in Baden-Württemberg [Drucksache 16/8228](#)
- » Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen und weitere Corona-Hilfen [Drucksache 16/8803](#)
- » Begrünungspflichten und Bauwende in Baden-Württemberg [Drucksache 16/7391](#)

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

IM FOKUS

KASSENBNPFLICHT

Seit Januar 2020 gilt in Baden-Württemberg eine Pflicht zur Kassenbonausgabe. Die FDP/DVP Fraktion hat von Beginn an gegen diesen zusätzlichen kostentreibenden und bürokratischen Aufwand für den Einzelhandel protestiert.



ARBEITSKREIS

Wirtschaft, Arbeit und
Wohnungsbau



Zum 1. Januar 2020 ist bundesweit – und damit auch in Baden-Württemberg – eine Kassenbonpflicht in Kraft getreten. Ziel davon sei es, den Umsatzsteuerbetrug einzudämmen. Alle Geschäfte, die eine elektronische Registrierkasse verwenden, müssen seitdem einen Kassenbon ausfertigen. Theoretisch kann dieser auch per QR-Code oder per Email übermittelt werden, in der Praxis dürfte der klassische, gedruckte Papierbon aber nach wie vor weit überwiegen.

Aus Sicht der FDP/DVP Fraktion ist dies eine zusätzliche Belastung für den Einzelhandel. Er wird mit weiteren bürokratischen Anforderungen konfrontiert, die noch dazu umweltfeindlich sind und jede Menge Müll verursachen. Daher hat die Fraktion sich durch parlamentarische Anträge mehrfach für die alternativlose Abschaffung der Kassenbonpflicht oder zumindest die Einführung einer Bagatellgrenze eingesetzt. Dann wären zumindest Einkäufe unterhalb dieser Grenze auch

ohne Kassenbon möglich und für bestimmte Geschäfte (bspw. Bäckereien) würde dies eine enorme Entlastung bedeuten. Die Landesregierung hat jedoch an ihrer wirtschaftsfeindlichen Regelung festgehalten. In einer Aktion vor dem Landtagsgebäude in Stuttgart hat die Fraktion im Januar daher auch plastisch deutlich gemacht, welche Müllberge durch die Kassenbonpflicht entstehen.

Anträge:

- » Konsequenzen der Kassenbon-Pflicht in Baden-Württemberg [Drucksache 16/7336](#)
- » Einführung einer Bagatellgrenze bei der Belegausgabepflicht [Drucksache 16/7859](#)



ANSPRECHPARTNER

Gabriele Reich-Gutjahr MdL
Prof. Dr. Erik Schweickert MdL



BLOGBEITRAG

[Bonpflicht:
Be- statt Entlastung für
Einzelhändler und Umwelt](#)

Abrufbar unter
www.fdp-dvp.de

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.